

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 6 86 846 ppbn d

## Inhalt

Horst Sielaff MdB zum 45. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto: Der Weg zur Versöhnung führt über das Erinnern.

Seite 1

Beate Weber MdEP zum Treffen der Finanzminister der Gemeinschaft in Luxemburg: EG-Mittel für Gesundheits- und Umweltschutz erhöhen.

Seite 3

Willi Leichtle MdL zur Inhaltspolitik der Bundesregierung in der Frage der Steuervorteile: Bonn nimmt die Sportvereine auf den Arm.

Seite 4

### Dokumentation:

Der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, hielt zur Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Getto am Sonntag in Berlin einen Vortrag. Auszüge

Seite 5

43. Jahrgang / 73

18. April 1988

Der Weg zur Versöhnung führt über das Erinnern

Gedanken zum 45. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto

Von Horst Sielaff MdB

Uns Deutschen stehen 1988 und 1989 schreckliche Gedenktage bevor. Totschweigen wäre das Verkehrteste. Der Weg zur Versöhnung führt über Erinnern und Aufarbeiten der Vergangenheit.

In vielen deutschen Städten finden wir an Gedenkstätten Namen der Orte des Schreckens aus der Nazi-Herrschaft; aber fast immer fehlt ein Ort: das Warschauer Getto. Im Oktober 1940 hatte der deutsche Gouverneur, Ludwig Fischer, im Zentrum Warschaus einen Stadtbezirk zum „jüdischen Wohngebiet“ erklärt. Ursprünglich hatten 160.000 Menschen dort gewohnt. Systematisch sollte die jüdische Bevölkerung dann dahin umgesiedelt werden. Zunächst durch Stacheldrahthindernisse und hohe Bretterzäune, schon bald durch eine 18 Kilometer lange und drei Meter hohe Ziegelmauer wurde der Stadtbezirk hermetisch abgesperrt. Der vier Quadratkilometer große Bereich sollte für 400.000 Menschen zum Gefängnis werden. Jedes Haus beherbergte schließlich im Durchschnitt 393 Personen, in jedem Raum waren etwa 13 Menschen zusammengepfercht. Im Mai 1941 war die Bevölkerung des Warschauer Gettos auf 430.000 Einwohner gestiegen. In eineinhalb Jahren gab es bereits durch Hunger und Krankheit 100.000 Tote unter der Bevölkerung, laufend wurden Überlebende in das Vernichtungslager Treblinka deportiert.

Als Angehöriger der deutschen Wehrmacht in Warschau fotografierte Joe J. Heydeck das „Leben“ im Getto 1941, ein erschütterndes Dokument (jetzt auch in der dtv-Taschenbuchreihe / Nr. 10247 herausgegeben).

Am 19. April 1943 - also vor genau 45 Jahren - rückte SS-Obergruppenführer Jürgen Stroop mit seiner Truppe und drei Panzerwagen sowie drei Geschützen in das restliche übriggebliebene Getto ein, um Himmlers endgültigen Liquidierungsbefehl auszuführen. Es gab - für die Tötungsgruppe überraschend - Widerstand. Ein heroischer Aufstand der Juden, Männer und Frauen gleichermaßen, begann im Warschauer Getto. Bis zum 16. Mai 1943, fast einen Monat lang, dauerte der aussichtslose Kampf ums Überleben, bevor

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbar ebenso  
an weiteren Adressen  
Anfrage-Postfach



Stroop melden konnte: „Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56.085.“

Die wirkliche Zahl der Ermordeten und Getöteten, der in den brennenden und durch Sprengungen zusammengestürzten Häuser ums Leben gekommenen, in Kanalrohren Ersticken oder Ertrunkenen und in den Bunkern umgekommenen Menschen läßt sich nicht einmal annähernd abschätzen.

Später wurde das Getto von deutschen Sprengtruppen vollends zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. Trotzdem wurde im Januar 1945 nach dem Einmarsch der Roten Armee in Warschau noch ein Handvoll jüdischer Menschen, die überlebt hatten, gefunden. Sie und ein paar Überlebende von Treblinka, einige, die flüchten konnten, waren die einzigen Noch-Lebenden von über einer halben Million der ehemaligen Gettobevölkerung in Warschau.

Heute stehen triste Häuserblocks auf diesem Gelände. Nur eine kleine Gedenkstätte erinnert an das Drama von 1943. Willy Brandt fiel mit Recht gerade an dieser Stätte des Grauens bei seinem Polenbesuch 1970 als deutscher Bundeskanzler auf die Knie und gedachte der vielen von Deutschen Ermordeten.

Am Rande des Warschauer Gettos befand sich ein 250 Jahre altes evangelisches Krankenhaus, das am 3. Mai 1943 das Opfer eines gezielten Brandanschlages wurde und bis auf die Grundmauern niederbrannte. Dieses Hospital war eines der modernsten und bekanntesten Krankenhäuser ganz Polens und hatte ohne Ansehen der Person, Rasse oder Herkunft allen Kranken zu helfen versucht. Seit einigen Jahren gibt es in der Volksrepublik Polen eine Initiative, die dieses Krankenhaus als Zeichen der Hoffnung und Erinnerung wieder aufbauen will. Ein Grundstück ist bereits vorhanden, aber, wie so oft bei derartigen Projekten, mangelt es noch an Geld. Es wäre gut, wenn die Bundesrepublik Deutschland den Plan des Wiederaufbaus tatkräftig, das heißt auch finanziell, unterstützte- vielleicht in Form einer Stiftung; daran sollte sich auch die evangelische Kirche beteiligen. Denn nicht nur Gedenken, auch Taten können die Versöhnung fördern.

Dieser und andere, kommende Gedenktage müssen Anlaß sein, nach Wegen zu suchen, auch denen in Polen zu helfen und wenigstens eine finanzielle Entschädigung zukommen zu lassen, die als Zwangserbeter im Deutschen Reich arbeiten mußten oder durch medizinische Experimente physisch und psychisch geschädigt worden sind und die bisher durch die Maschen des Entschädigungsnetzes für Nazi-Opfer gefallen sind.

(-/18.4.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**EG-Mittel für Gesundheits- und Umweltschutz erhöhen****Zum Treffen der Finanzminister der Gemeinschaft in Luxemburg****Von Beate Weber MdEP****Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments**

Die Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten sollten bei ihrem Treffen am heutigen Montag in Luxemburg die in der vergangenen Woche vom Europäischen Parlament in Erster Lesung vorgenommenen Veränderungen am EG-Haushalt 1988 akzeptieren. Ich appelliere an Bundesfinanzminister Stoltenberg als amtierendem Vorsitzenden der EG-Finanzminister, insbesondere die für den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz veranschlagten Mittel zu übernehmen.

Geradezu unverantwortlich hat Stoltenberg im Februar gehandelt, als er den Ansatz des EG-Krebsprogramms von rund 20 Millionen DM auf sechs Millionen kürzte. Daß das EP den Ansatz jetzt wieder auf rund 16 Millionen DM erhöht hat, verdient die Unterstützung der Öffentlichkeit. Die Glaubwürdigkeit der Politik ist im Februar auch dadurch beschädigt worden, daß den rücksichtslosen Zusammenstreichungen des Kommissionsentwurfs beim Umwelt- und Verbraucherschutz sowie bei der Gesundheitsvorsorge eine Erhöhung der Erstattungen bei Tabak um ein Viertel auf rund 100 Millionen DM gegenüber gestanden hat. Zudem: Die jetzigen Vorschläge des EP kamen mit den Stimmen der Christdemokraten zustande. Will Stoltenberg sie etwa im Regen stehen lassen?

Mit einer Aufstockung der Haushaltsmittel für Umwelt- und Verbraucherschutz auf 37,5 Millionen ECU ist das Europäische Parlament den von den Finanzministern des Rates im Februar 1988 vorgenommenen massiven Streichungen entgegengetreten. Obschon der Haushalt 1988 nach der Europäischen Einheitsakte vom Juli 1987 erstmals Umweltpolitik als eigenständigen Aufgabenbereich der EG enthält, hatte der Ministerrat im Frühjahr den ohnehin völlig unzureichenden Haushaltsvorentwurf der Kommission für Umwelt- und Verbraucherschutz von 0,14 Prozent oder 41,8 ECU des Gesamthaushalts auf 0,09 Prozent oder 21,9 Millionen ECU zusammengestrichen.

Das Europäische Parlament hat nun in Erster Lesung versucht, wenigstens den größten Teil des Vorschlages der Kommission zu retten. Vor allem für die folgenden Bereiche sollen die Mittel aufgestockt werden:

- 0 Schutz und Pflege von Umwelt und natürlichen Ressourcen erhöht um + 2,6 Millionen ECU
- 0 Messung und Überwachung von Luftverunreinigung + 500.000 ECU
- 0 Gewässerschutz + 300.000 ECU
- 0 Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Abfälle + 500.000 ECU
- 0 Kontrolle chemischer Erzeugnisse, industrieller Risiken und Biotechnologie + 216.000 ECU
- 0 Umweltstudien + 800.000 ECU - Schutz der Wälder 1,5 Millionen ECU.

Das Parlament folgte ebenfalls den Anträgen des Ausschusses für Umwelt-, Verbraucherschutz und Volksgesundheit, die Mittel für Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern bei der Schaffung des Binnenmarktes um zwei Millionen ECU, zum Schutz vor Strahlenbelastung um 900.000 ECU zu erhöhen. Die Zuschüsse für Verbraucherinformationen wurden um 350.000 ECU, die Mittel zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher um 300.000 ECU und zur Sicherheitsüberwachung von Konsumgütern um eine Million ECU erhöht.

Im Gegensatz zu den Kürzungen beim Umwelt- und Verbraucherschutz hat der Finanzminister im Februar Erhöhungen für Erstattungen bei Tabak von 38 Millionen ECU auf 47 Millionen ECU und bei Prämien für Tabak auf 834 Millionen ECU vorgeschlagen. Das Krebsprogramm der Gemeinschaft kürzten sie von 10,6 Millionen ECU auf drei Millionen ECU. Das Europäische Parlament hat diese Mittel in Erster Lesung wieder auf acht Millionen ECU erhöht.

\* \* \*

**Bonn nimmt die Sportvereine auf den Arm**

Zur Hinhaltetaktik der Bundesregierung in der Frage der Steuervorteile

Von Willi Leichtle MdL

Sportpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion  
Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landessportbetrats

Der Arbeitskreis Sport der bayerischen SPD-Landtagsfraktion ist entrüstet über das Gutachten der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechts. Diese einseitig besetzte Kommission will ein rein fiskalisches Verdikt gegen die Sportvereine, die nicht mehr gemeinnützig sein und künftig auch keine abzugsfähigen Spenden mehr empfangen sollen. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion lehnt die bisher bekanntgewordenen Vorschläge der Kommission ab. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Gutachter ist unserer Auffassung nach keine Verschlechterung, sondern eine verstärkte Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Bürger in den rund 250.000 gemeinnützigen Vereinen in der Bundesrepublik dringend erforderlich. Von Seiten der Bayerischen Staatsregierung ist hierzu ebenfalls ein klares Wort gefordert.

Seit Jahren wurden die Sportvereine und Sportpolitiker mit ihren Forderungen auf steuerliche Erleichterungen für Sportvereine hingehalten, mit der Begründung, man müsse zuerst die Ergebnisse des von dieser Kommission zu erarbeitenden Gutachtens abwarten. Dabei wußte jeder, daß bei dieser einseitig zusammengesetzten Kommission gar nichts anderes herauskommen konnte. So wurde die Forderung des Deutschen Sportbundes und der Sportpolitiker der SPD, in dieses Gremium auch einen Vertreter des Sports zu berufen, vom Bundesfinanzminister kategorisch abgelehnt.

Die Sportverbände und Sportvereine wurden durch diese Hinhaltetaktik der Bundesregierung gehörig auf den Arm genommen. Jetzt gebärden sich Unionspolitiker plötzlich als die „Schutzpatrone“ des Sports. Anscheinend wollen sie den Sport vor den Geistern, die sie selbst gerufen haben, in Schutz nehmen. Dabei hätte sie niemand daran gehindert, auf die völlig einseitig ausgerichtete Zusammensetzung dieser Kommission Einfluß zu nehmen. So kann man die „Entrüstung“ der Unionspolitiker über das Ergebnis dieses Gutachtens nur noch als scheinheilig werten. Es wurde viel Zeit vertan und den berechtigten Forderungen der Sportvereine ein Bärendienst erwiesen.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion fordert statt dessen zum wiederholten Male:

- 0 steuerliche Vereinfachung bei der Vereinsbesteuerung
- 0 keine steuerliche Bestrafung ehrenamtlicher Arbeit
- 0 Erhöhung von Freibeträgen
- 0 Einführung weiterer Steuerpauschalierungen
- 0 Erhöhung der Übungsleiterpauschale von DM 2.400 auf DM 3.600 - diese Pauschale wurde zu Zeiten der SPD-geführten Bundesregierung im Jahre 1977 zum letzten Mal erhöht.

Grundlage dafür sollte die Entschließung des Bundesrates (Drucksache 240/87) sein, mit der sich die Bundesregierung endlich befassen sollte, statt sich mit den Ergebnissen eines untauglichen Gutachtens auseinanderzusetzen. Außerdem sollte der Bundeskanzler die am 18. März 1987 in der Regierungserklärung gegebene Zusage, die steuerliche Diskriminierung der ehrenamtlich Tätigen zu beseitigen, endlich einlösen.

Nachdem in dem Gutachten immer nur von „Freizeit-Aktivitäten“ die Rede ist, muß man davon ausgehen, daß diese Gutachter von der gesellschaftspolitischen, sozialen, pädagogischen, soziologischen und gesundheitspolitischen Bedeutung des Sports keine Ahnung haben. Wir empfehlen deshalb den Gutachtern, statt ihre Freizeit mit der Erstellung von einseitigen und wirklichkeitsfremden Gutachten zu verbringen, doch einmal etwas für das Gemeinwohl zu tun und eine ehrenamtliche Funktion in einem Sportverein zu übernehmen. Besonders nützlich sind hierfür Funktionen im Bereich der Jugendbetreuung.

(-/18.4.1988/vo-ha/rs)

## DOKUMENTATION

## Heinz Galinski: Eine Mahnung, die alle betrifft

Der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hielt zur Erinnerung an den 45. Jahrestag des Aufstands im Getto Warschau am Sonntag in Berlin einen Vortrag, aus dem wir Auszüge dokumentieren.

Kaum ein anderes Land, kaum eine andere jüdische Gemeinschaft, wurde zur Zielscheibe einer so heftigen Zerstörungswut des nationalsozialistischen Regimes, wie es in Polen der Fall war. Terror und Elend gehörten zum Alltag all der Gettos, sei es in Krakau, Bialystok oder Warschau, in denen die jüdische Bevölkerung des Landes zusammengetrieben wurde und aus denen sie nach und nach in die Vernichtungslager, in den sicheren Tod deportiert worden ist.

Seit Beginn des Jahres 1940 passierten 450.000 Juden das Warschauer Getto. Der Weg aus dem Hunger und dem regelmäßigen Terror der SS-Truppen führte die meisten von ihnen über zwei Bahnhofsrampen in die Gaskammern des Vernichtungslagers Treblinka und im August 1942 gingen auch die Kinder aus dem jüdischen Waisenhaus und ihr Betreuer Janusz Korczak diesen Leidensweg. Am 19. April 1943 sollte mit der Auflösung und Liquidierung des Gettos begonnen werden, das heißt mit der Deportation der übriggebliebenen Insassen. Am 19. April, als sich noch rund 56.000 jüdische Internierte im Getto befanden, wurden die bürokratischen Verwalter des Mordes und ihre brutalen Gehilfen von der Nachricht schockiert, daß ihre Todesmaschinerie vom Widerstand aufgehalten wurde.

Als SS-Einheiten an diesem Tag in das Getto einzudringen versuchten, stießen sie auf Gegenwehr. In dem Bericht, den nach der Vernichtung des Gettos der SS-Brigadeführer Jürgen Stroop verfaßte, heißt es dazu:

„Beim ersten Eindringen in das Getto gelang es den Juden und den polnischen Banditen, durch einen vorbereiteten Feuerüberfall die angesetzten Kräfte einschließlich Panzer und Schützenpanzer zurückzuschlagen.“

Aber es blieb nicht nur bei diesem „ersten Eindringen“. 42 Tage und 42 Nächte lang schaffte es eine entrechtete und machtlose Minderheit, isoliert von der Welt und gebrandmarkt mit jahrhundertalten Vorurteilen der jüdischen Kampfunfähigkeit, einer übermächtigen Kriegs- und Mordmaschinerie erfolgreich zu trotzen. Die anschließende Vernichtung des Gettos und seiner Bewohner war ein Akt der Gewalt, der das unmoralische Handeln der Nationalsozialisten vielleicht noch deutlicher erscheinen ließ, als manch ein anderes Verbrechen, und überdies war es einer der entscheidenden Todesstöße für die jüdische Kultur des Ostjudentums, die in jahrhundertelanger Entwicklung einige von den höchsten und menschlichsten Werten in der Geschichte des Judentums hervorbrachte. Der Aufstand war eine Tat der verzweifelten Auflehnung, die vom Anbeginn an vom Untergang gezeichnet war, und dennoch im vollen Bewußtsein der Aussichtslosigkeit, allein zur Rettung der menschlichen Würde, vollbracht wurde.

Und so ist auch die Lehre, die uns der Gettoaufstand hinterlassen hat, keine nur spezifisch jüdische Lehre. Es sind allgemein menschliche Werte, denen das Opfer der Aufständischen geweiht war. Es ist die Achtung der menschlichen Würde - ein Allgemeingut, dessen Respektieren zusammen mit den Regeln der freiheitlichen Demokratie die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen und der Völker schafft.

Dort wo diese Werte mit Füßen getreten werden, sind wir zum Widerstand und zum aktiven Eintreten gefordert und aufgerufen. Der Aufstand und die Erinnerung an ihn muß als Mahnung wech bleiben - eine Mahnung, die alle Menschen betrifft. Und wie eine Mahnung klingen auch die Worte eines Augenzeugen, der das Getto wenige Tage vor seiner endgültigen Vernichtung so beschrieben hatte:

„Hoffnungslos kämpfen die letzten Widerstandsnester. Die allabendliche Brandfeuerillumination wird immer dunkler. Die in den Rauchwolken untergehende Sonne gibt ganz unerwartete Lichteffekte. Ich nähere mich der Frontlinie. Das, was ich sehe, erinnert an einen gewaltigen Friedhof. Keine einzige Naturkatastrophe hinterließ ein größeres derartiges Gräberfeld.“

Dies sind Bilder einer Katastrophe, die die Vorwegnahme der - ihrem Umfang nach noch größeren - Katastrophe darstellte, die in den zwei darauffolgenden Jahren erfolgte. 1945, als wir aus den Lagern zurückgekehrt sind, waren solche Bilder nicht selten in Europa. Wir Juden haben während der verheerenden Jahre nicht nur den Großteil unserer Familienangehörigen verloren, wir hatten auch einen Verlust an der Substanz unserer kulturellen Existenz zu beklagen, einen Verlust an Vertrauen und an Hoffnung.

Die wichtige Voraussetzung für unseren Neubeginn war die Bereitschaft der anderen auch aufrichtig neu zu beginnen, die Bereitschaft zu einem Zusammenleben, das im Zeichen der allgemeinen Achtung der menschlichen Würde und Freiheit in die Zukunft weisen würde. Und diesen Weg, den ich für den einzigen begehbaren Weg halten, haben wir beschritten, diesen Weg wollen wir weitergehen: einen Weg des befruchtenden Dialogs auf der Basis von Gleichen mit Gleichen, einen Weg der Öffnung der Gemeinden, die allein in der Lage ist, der Verbreitung der Vorurteile Einhalt zu gebieten.

(-/18.4.1988/va-ha/rs)

\* \* \*